



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

an ihrer südlichen und östlichen Peripherie, im Nahen Osten, Nordafrika und Osteuropa, sieht sich die Europäische Union mit gewaltsamen Konflikten konfrontiert, die auch Folgen für die Zukunft Deutschlands und Europas haben. Dies zeigt nicht zuletzt die aktuelle Flüchtlingskrise, die die EU-Mitgliedsstaaten auf eine harte Bewährungsprobe stellt und von manchem bereits als „Krise der Solidarität“ bezeichnet wird. Aber auch mit Blick auf den Krieg in der Ukraine ist Solidarität gefragt. Hier stehen die europäischen Partner in der Verantwortung, die Regierung in Kiew – auch gegen die Interessen Russlands – auf ihrem Weg der politischen und wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen.

In vielen Ländern, die im Augenblick von Krieg und Gewalt beherrscht werden, unterhält die Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsbüros. Obwohl sich die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit vielerorts durch Konflikte und Bürgerkrieg, aber auch durch das zunehmend autoritäre Gebaren verschiedener Regierungen verschlechtert haben, sind unsere Mitarbeiter und Partner vor Ort für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte im Einsatz. Gleichzeitig bemühen wir uns in Deutschland und Europa, Entscheidungsträger im politischen Dialog im Hinblick auf Konfliktprävention und sicherheitspolitische Fragen zu beraten.

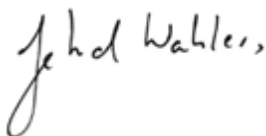
Die Autoren der vorliegenden Ausgabe blicken in ihren Beiträgen auf die aktuelle politische Situation in Russland, auf die Länder der Östlichen Partnerschaft, sowie auf die Situation der Christen und die Instrumentalisierung von Religion im Nahen Osten. Jenseits konkreter sicherheitspolitischer Herausforderungen, vor denen die Europäische Union in diesen Regionen steht, hat sie sich in ihren Gemeinschaftsverträgen die Verpflichtung zur normativ ausgerichteten Gestaltung ihrer Außenbeziehungen auferlegt. Welche Rolle die EU mit ihrer werteorientierten Politik als *soft power* in Asien spielen und inwiefern sie dort Einfluss auf Diskurse zum Thema Demokratie, Menschenrechte und *good governance* nehmen kann, beleuchtet Professor Jörg Dosch in seinem Beitrag.

Claudia Crawford, Leiterin des Stiftungsbüros in Moskau, berichtet ein Jahr nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland von einem negativen Stimmungswandel in der russischen Bevölkerung gegenüber dem Westen, bei dem nicht zuletzt

die Medien eine entscheidende Rolle spielen. Kritiker an der Politik des russischen Präsidenten werden als Verräter gebrandmarkt und können sich ihres Lebens nicht sicher sein, wie der Mord an Oppositionspolitiker Boris Nemzow im Februar dieses Jahr gezeigt hat. Der Westen ist aufgefordert, der russischsprachigen Bevölkerung alternative Informationsangebote zu machen und einen Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu ermöglichen. Wie wenig kompatibel die integrative Politik der Europäischen Union und das russische Denken in Einflussphären ist, legt Stephan Malerius, Leiter eines von der Stiftung implementierten EU-Projektes zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, dar.

Der Krieg in Syrien ist von einer Intensivierung der Gewalt und von einem stagnierenden politischen Lösungsprozess geprägt. Weite Teile des Landes sind zerstört und bieten der Bevölkerung keine Lebensgrundlage mehr. Über 13 Millionen Syrer und Iraker befinden sich innerhalb Syriens oder in den angrenzenden Aufnahmелändern auf der Flucht.

Insbesondere die Situation der Christen und anderer religiöser Minderheiten in Syrien und im Irak ist prekär, wie unser Auslandsmitarbeiter Otmar Oehring, Leiter des Stiftungsbüros in Amman, zu berichten weiß. In seinem Beitrag, der zum Teil auf Augenzeugenberichten von Geistlichen in den beiden Ländern basiert, erläutert er, unter welchen Bedingungen viele Christen ihre traditionellen Siedlungsgebiete verlassen mussten und wie groß die Verzweiflung dieser Menschen ist. Dabei ist seiner Einschätzung nach zu befürchten, dass die Situation der Christen in diesen beiden Ländern ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht hat. Martin Pabst geht in seinem Beitrag über die Konfessionalisierung von Konflikten in der arabischen Welt der Frage nach, inwiefern den Auseinandersetzungen im Libanon, Syrien und Irak überhaupt eine ethnische, religiöse oder auch tribale Motivation zugrunde liegt – oder ob diese nicht vielmehr als Deckmantel für die Durchsetzung von Machtansprüchen der beteiligten Akteure dient.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de